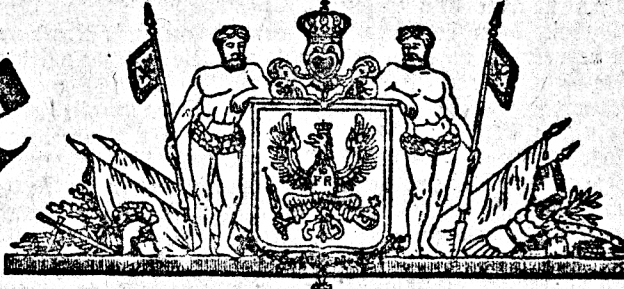


# Vossische



# Zeitung

Begründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint täglich zweimal, Sonn- und Festtags nur einmal. Jeden Sonntag die illustrierte Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen und Rubriken: Finanz- und Handelsblatt, Umschau in Technik und Wirtschaft, Für Reise und Wanderung, Literarische Umschau, Wissenschaftliche Sonntags-Beilage. Allgemeine Verlosungs-Tabelle, Wochenkurszettel der Berliner Börse.

Bezug: Monatlich 4,50 M., vierteljährlich 13,50 M. In Groß-Berlin und Umgegend durch eigene Boten tägl. zweimal frei ins Haus, sonst durch die Post. — Anzeigen: Zeile 1,50 M. u. 38 1/2 % Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 1,25 M. netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech Zentrale, Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291

## Drei Demokraten im Reichskabinett.

### Programmatifche Einigung.

Bauer bleibt Reichskanzler.

Nach den in der gestrigen Sitzung der demokratischen Fraktion gemachten Mitteilungen kann mit großer Bestimmtheit damit gerechnet werden, daß nicht nur der Reichskanzler Bauer auf seinem Platze bleibt, sondern daß auch die Krise im Auswärtigen Amt wieder abgeklart ist; Hermann Müller bleibt Minister des Inneren. Die programmatifche Einigung zwischen dem Reichskanzler und den Demokraten, auf deren Grundlage der Eintritt demokratischer Minister in das Kabinett erfolgen soll, ist in den wesentlichen Fragen zustandegemommen. Differenzen sollen u. a. noch in bezug auf das Verkehrsministerium bestehen. Der Eintritt dreier demokratischer Mitglieder in das Ministerium ist also sicher.

Ueber die Zuteilung der Ressorts und über die noch schwebenden Differenzen sachlicher Art wird eine gemeinsame Beratung von Vertretern der Demokraten und der bisherigen Regierungsparteien heute Klarheit schaffen. Als sicher gilt der Eintritt Schiffers und des Kasseler Oberbürgermeisters Dr. Koch in das Kabinett. Schiffer übernimmt voraussichtlich das Justizministerium und den Posten des Vizekanzlers.

Die Frage, wer unter Hermann Müller Staatssekretär im Auswärtigen Amt werden soll, war gestern abend noch ungelöst. Graf Bernstorff, der für diesen Posten vorgeschlagen worden war, und der am Sonnabend eine Unterredung mit dem Reichspräsidenten Ebert hatte, soll die Annahme dieser Stellung abgelehnt haben.

Es sei noch erwähnt, daß die „Germania“ ausdrücklich erklärt, es werde kein der Zentrumspartei angehöriges Mitglied bei der Neuorganisation aus dem Reichskabinett ausscheiden. Damit entfällt

die in der Presse vielfach ausgesprochene Mutmaßung, daß Dr. Bell ein preussisches Ministerium übernimmt. Auch behält Erzberger bestimmt das Reichsfinanzministerium.

### Naumanns Nachfolger.

Peterfen Vorsitzender des Demokratischen Partei-Ausschusses.

Sonntag vormittag tagte in Berlin, zuerst im „Rheingold“, dann wegen Ueberfüllung im Reichstag, der demokratische Partei-Ausschuß. Er hat anstelle Friedrich Naumanns den Hamburger Senator Dr. Peterfen zum vorläufigen Vorsitzenden gewählt.

Der würtembergische Minister Eber eröffnete die Versammlung und gedachte des verstorbenen Vorsitzenden, den er als die Verkörperung des deutschen Nationalgefühls würdigte. Dann erfolgte die Wahl Peterfens zum vorläufigen Vorsitzenden des Partei-Ausschusses. Er wurde einstimmig gewählt. Dem Vorstand des Ausschusses gehören somit an: Senator Peterfen, Prof. Gerland, Fr. Dr. Gertrud Bäumer und Dr. v. Sieber.

Im weiteren Verlauf der Sitzung erstattete das Mitglied der Nationalversammlung Waldstein Bericht über die politische Lage und die Frage des Wiedereintritts der Demokraten in die Regierung. Eine lebhafte Aussprache schloß sich an. — Es wurde eine Entschließung einstimmig angenommen, in der der Partei-Ausschuß die Haltung der Fraktion billigt. — Es wurde beschlossen, möglichst bald einen Parteitag abzuhalten. Alle näheren Bestimmungen wurden dem Vorstand überlassen.

Die demokratische Fraktionsitzung, auf die wir oben hingewiesen haben, begann gestern abend um 7 Uhr und dauerte bis in die späten Nachstunden.

## Demokratische Minister.

Von  
Georg Bernhard.

Der Kampf um die Unterzeichnung des Friedensvertrages hat die Deutsch-Demokratische Partei veranlaßt, ihre Minister aus dem Kabinett zurückzuziehen. Die Meinung der Parteimitglieder über die Politik der Fraktion war damals gestellt. In einzelnen Landesteilen scheint sogar eine sehr starke Erregung entstanden zu sein. Sie ist erst jetzt erst einigermaßen beschwichtigt. Nachdem viele Wochen hindurch alle Gründe diskutiert worden sind, die für die Trennung von den früheren Koalitionsgefährten sprachen, soll das Land sich ziemlich plötzlich mit dem Wiedereintritt der Demokraten ins Kabinett befreunden. Bei aller Geneigtheit, den Gründen für diesen Wechsel der Stellungnahme wohlwollendste Prüfung zuteil werden zu lassen, wird man doch als ersten Eindruck die Erinnerung an das Scherzwort nicht los: „Min in de Kartoffeln, raus aus de Kartoffeln!“

Die Verhandlungen sind zwar noch nicht abgeschlossen. Schon deshalb nicht, weil ein großer Teil der Bedingungen, die an den Wiedereintritt geknüpft wurden, von der Mehrheitssozialdemokratie noch nicht angenommen worden sind. Aber sie sind jedenfalls schon sehr weit gediehen. Und man darf heute wohl sagen, daß die Entscheidung über den Eintritt nur noch von der Annahme der Bedingungen, also von Instanzen abhängt, die außerhalb der demokratischen Partei selbst sich befinden. Sollte jetzt noch der Ausschuß der Partei oder der Vorstand befragt werden, so würde das lediglich die Bedeutung einer lebenswürdigen Verbeugung der Reichstagsfraktion vor diesen Körperschaften bedeuten. Auch in diesem Fall, wie bei dem Beschluß des Austritts, hat die Fraktion sich allein in vollem Umfang für verhandlungsbevollmächtigt gehalten. Darüber ist man im Lande nicht grade erbaut, und zwar von Rechts wegen. Denn mag es nicht nur formell, sondern tatsächlich richtig sein, daß im parlamentarischen Regime unabhängig von den Parteien im Staat das Parlament regiert, so wird durch das parlamentarische Regime keineswegs bedingt, daß die Partei von der Parlamentsfraktion regiert wird. Nur in Frankreich herrscht diese üble Gewohnheit. Mit Ausnahme der großen sozialistischen Partei, die fest organisiert ist. Aber die bürgerlichen Parteien in Frankreich bestehen eben fast nur aus den Fraktionen, die auseinanderlaufen und zusammengehen, wie es ihnen oder ein paar ehrgeizigen Fraktionsmitgliedern beliebt. Mühte in Deutschland immer grade das Übelste von allen Systemen vom Ausland adoptiert werden? Natürlich muß eine Fraktion eine gewisse Handlungsfreiheit besitzen. Namentlich die Frage, ob sie in einer gegebenen Situation dem Ministerium ihr Vertrauen bezeugen oder entziehen will, kann schließlich nur von den Abgeordneten beurteilt werden. Nichts wäre falscher, als eine Gruppe von Männern, die das Vertrauen der Parteifreunde im Lande besitzt, unter allen Umständen gänzlich zu wollen. Aber andererseits kann in lebenswichtigen Fragen Politik und womöglich gar Schicksal der Partei nicht einseitig von der Fraktion bestimmt werden. Der Wiedereintritt von Demokraten in das Ministerium ist an sich gewiß eine recht parlamentarische Angelegenheit. Aber niemand wird leugnen können, daß der Wiedereintritt in diesem Augenblicke und gerade in dieser Regierung von folgenreicher Bedeutung für die Zukunft der ganzen Demokratie sein kann. Und deshalb hätte eine Entschliessung darüber nur nach einer Aussprache im allerweitesten Rahmen stattfinden dürfen.

Es soll von allen persönlichen Fragen, wie Erzberger-Prozesse und ähnliches, hier ganz abgesehen werden. Aber niemand kann verkennen, daß die Demokratische Partei außerhalb der Regierung noch in einer verhältnismäßig günstigen Lage sich befindet. Die Zeit bis zu den Wahlen rechnet nur noch nach Monaten. Der Wahlkampf wird sicher diesmal besonders scharf und schwer werden. Auch wer sachlich die Haltung der demokratischen Fraktion in der Frage der Friedensunterschrift mißbilligt, muß zugeben, daß sie sich mit schweren Bedenken motivieren ließ und daß, vom wahlaktischen Standpunkt aus betrachtet, dadurch ein großer Teil des schweren Geschüßes, der von den nationalkristlichen Parteien gegen Zentrum und Sozialdemokratie aufgeföhrt wird, die Demokraten nicht treffen konnte. Ob die so erfolgte Eingliederung in den gestrigen Block der Rechtsparteien gerade von Vorteil war, steht dahin. Immerhin war dadurch eine einheitliche Taktik für die Wähler ermöglicht. Nun tritt die demokratische Fraktion in dieselbe Regierung zurück, die sie aus auslands- und aus wirtschaftspolitischen Motiven verlassen hat. Sie verliert die Angriffsfront nach links und die Bundesgenossen von rechts, und muß sich gleichzeitig von ihren neuen Alliierten — Zentrum und Sozialdemokratie — jene Angriffe auf ihre Friedenspolitik gefallen lassen, die diese ja schon zu ihrer eigenen Selbstverteidigung gegen die Demokraten richten mußten. Wie eigentlich unter diesen Umständen ein Wahlkampf geführt werden soll, ist vollkommen unerfindlich. Die Dem-

## Die Einverleibung Deutsch-Südtirols.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.

\* Triest, 27. September.

Am Regierungssitze der zukünftigen italienischen Provinz Trentino, Trient, eingetroffen, erfahre ich, daß das königliche Dekret nicht bevorsteht, das die Annektion des Trentino verkündet; damit wird erklärt, daß auch Deutsch-Südtirol Italien einverleibt ist. Noch unentschieden ist, ob das Trentino einen oder zwei Wahlkreise, einen oder zwei Verwaltungsbezirke und getrennte Provinzvertretung, wie die Südtiroler wünschen, bilden wird. Der Generalkommissar Credaro erklärte mir als erstem deutschen Zeitungsvertreter, er hoffe, daß nach Kriegsende jetzt die deutsch-italienischen Kulturzusammenhänge reibungslos sich neu entwickeln möchten. Es ist kein Zufall, daß die italienische Regierung die Zivilverwaltung des besetzten Gebietes dem Dean der philosophischen Fakultät der Universität Rom, Professor Credaro, unterstellt. Credaro studierte in Leipzig unter Wundt und Strümpel. Er schrieb ein Buch über die Pädagogik Herbarths, arbeitete an einem Grundriß der Geschichte der Philosophie und einem Handbuch der Pädagogik für höhere Schulen mit und ist bekannt als Kenner und Verehrer deutscher Wissenschaft. Selbst ein Alpenjohr, wünscht Credaro keine Tiroler Irredenta. Deutsch-Südtirol soll seine Selbstverwaltung in Städten und Ortschaften behalten.

Ob einzelne Punkte der durch Lord Bryce und Lord Curzon vermittelten Autonomie-Vorschläge, so die Befreiung vom Militärdienst, für die Südtiroler, verwirklicht werden, ist noch ungewiß. Man möchte den Grenzstreit für die Tiroler möglichst schmerzlos machen; wie, bleibt aber vorläufig ein noch ungelöstes Problem. Falls die Südtiroler ihre bisherigen Wiener Abgeordneten wieder wählen und nach Rom schicken werden, so Dr. Nitzlaff, welcher vor Annahme des Friedensvertrages in der Wiener Nationalversammlung eine begeistert aufgenommene Abschiedsrede mit einem Bekenntnis zum Deutschtum hielt, werden sie unbehindert in der italienischen Kammer gegen die Einverleibung Südtirols Verwahrung einlegen können. Etwas widerspruchsvoll wird mir erklärt, das sei ihr Recht. Stellen sei ein freies Land, das die Meinungsfreiheit respektiere, als ob mit freundlichen Worten der Miß mitten durchs deutsche Tirol zu überbrücken wäre und Credaros Hoffnung auf ungeklärte deutsch-italienische Freundschaft sich bald erfülle.

Vom heutigen Tage an hat Credaro den freien Wiedereintritt aller deutschen Zeitungen und Zeitschriften verfügt, was er mit

gewissermaßen zur Begrüßung mittelte. Wir werden hier wieder die „Vossische Zeitung“ lesen. Ueber den Wiedereintritt deutscher Blätter schweben noch Erwägungen. Karl Lahm.

## „Letzte Note“ zur Räumung des Baltikums.

Drahtmeldung.

Versailles, 27. September. (W. Z. B.)

„Temps“ meldet: Der Rat der Vertreter der fünf Großmächte hat heute vormittag beschlossen, durch Vermittlung Marschall Fochs der deutschen Regierung eine letzte Note zu überreichen, um die sofortige Räumung der baltischen Provinzen Litauen und Kurland durch die Truppen des Generals v. d. Goltz zu verlangen. Wenn die deutsche Regierung dieser letzten Aufforderung nicht Folge leiste, würden sofort Maßnahmen getroffen werden, die besonders umfassen 1. die Einstellung jeder Nahrungsmittelzufuhr und jeder Zufuhr von Rohmaterialien an Deutschland, 2. den Abbruch aller Verhandlungen finanzieller Art, die augenblicklich mit Deutschland gepflogen werden, besonders aber mit Rücksicht auf die Kreditbewilligung.

Der Fünferat setzte eine Kommission ein, die beauftragt wurde, die Rückbefreiung der deutschen und der österröschischen Kriegsgefangenen aus Sibirien in die Wege zu leiten. Jedoch sollen vorher die tschecho-slowakischen Truppen von dort zurückbeordert werden.

## Warum Wilson keine Reile abbrach.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

os Rotterdam, 27. September.

Senator Johnston ist nach Washington zurückgekehrt, von wo er den Kampf gegen Wilson leiten will, und jetzt kommt aus Amerika die (bereits kurz mitgeteilte) Nachricht, daß Wilson seine Agitationsreise plötzlich abgebrochen hat. Er mußte von Wichita im Staate Kansas, wo er seine letzte Rede hielt, nach Washington zurückkehren. Angeblich habe der Arzt Wilson anbefohlen, seine Reise anzugeben, da infolge der großen Anstrengungen eine Störung der Verdauungsorgane aufgetreten sei. Es wird aber in der Presse darauf aufmerksam gemacht, daß es Wilson gerade in den letzten Tagen für notwendig gehalten hat, seine Gegner ungewöhnlich grob anzugreifen; er nannte sie Feiglinge, Prodeutsche und Berufspolitiker, die aus eigensüchtigen Interessen die Bedeutung des Wäberbündnisses verflüchteten.